

Rede des Landrats zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2021 im Kreistag des Bodenseekreises am 18. November 2020

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

wo ist nur dieses Jahr hingekommen? Seit neun Monaten läuft alles anders als wir es gewohnt sind. Ein **Virus** hält die Welt in Atem, oder besser in Atemnot, wenn es zuschlägt. Wir erleben Einschränkungen, die wir nicht gewohnt sind, die aber doch nötig sind, um uns und andere zu schützen. Es gibt keine klare Strategie, die kann es auch nicht geben, weil die Wissenschaft noch viel zu wenig weiß über Ursache und Verlauf der Krankheit. So tasten sich Virologen und Politik von Tag zu Tag voran. Wir wissen, um Gesundheitsminister Jens Spahn zu zitieren, heute mehr als gestern und wir werden morgen mehr als heute wissen. Deutschland steht im internationalen Vergleich gut da. Aber auch wir haben Tote zu beklagen, wie etwa unseren Kreisratskollegen Dr. Josef Sauter, an den ich auch heute noch einmal erinnern möchte. Eine große Mehrheit unserer Bevölkerung steht nach wie vor hinter den notwendigen Maßnahmen, aber die Stimmen der Unzufriedenen werden lauter. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, schon vor Corona ohnehin fragil durch gestiegenen Individualismus und Egoismus, ist einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Wir sehnen uns nach Normalität und wissen doch, dass es mindestens noch Monate dauern wird, bis die wieder einigermaßen hergestellt ist. Unterschiedliche Regeln in den 16 Bundesländern sind manchmal schwer zu vermitteln. Doch haben französische Wissenschaftler gerade unseren Föderalismus, den Wettbewerb der Bundesländer um die beste Strategie als eine Ursache dafür ausgemacht, dass wir in Deutschland weniger stark gebeutelt sind als unsere Nachbarn. Wir im Bodenseekreis sind nach wie vor in Baden-Württemberg der Landkreis mit den insgesamt niedrigsten Infektionszahlen seit Beginn der Pandemie. Aber keiner gibt uns die Garantie, dass das so bleibt. Wir sind also weiterhin gefordert, jeder einzelne von uns, verantwortungsbewusst zu handeln. Ich bin dankbar, im Landratsamt ein Team zu haben, das hervorragend mitzieht. Natürlich steht das Gesundheitsamt besonders im Fokus.

Aber wenn nicht die **gesamte Kreisverwaltung**, allen voran der Verwaltungsstab unter der Leitung unseres Ersten Landesbeamten, wenn nicht alle Kolleginnen und Kollegen aus allen Ämtern ihren Teil zur Bekämpfung der Pandemie beitragen würden, hätten wir es nicht geschafft, das Kontaktpersonenmanagement aufrecht zu erhalten, mit die schnellsten zu sein, bei der Errichtung von Fieberambulanzen, die Landwirte bei der Beschäftigung von Erntehelfern zu unterstützen, den Städten und Gemeinden Vorlagen für die notwendigen rechtlichen Maßnahmen zu liefern, schneller als andere Schutzkleidung zu beschaffen, Verstärkerbusse für den Schülerverkehr einzusetzen und vieles mehr. Quarantäne belastet die Familien und das merkt unser Jugendamt, die wirtschaftliche Situation ist längst im Jobcenter angekommen. Ich könnte für jedes unserer 23 Ämter viele Beispiele nennen, wie jeder im Landratsamt dazu beiträgt, die Situation zu meistern. Deshalb möchte ich mich einmal mehr aus ganzem Herzen bei allen meinen über 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für dieses Engagement bedanken. Wir sind ein gutes Team!

In solchen **ungewissen Zeiten** einen Haushaltsplan aufzustellen, ist ein gewagtes Unterfangen. Kein Mensch kann mit Gewissheit vorhersagen, was das nächste Jahr uns bringen wird. Dass wir dennoch zumindest auf der Ebene des Landkreises mit einigermaßen vorhersehbaren Zahlen das Jahr 2021 planen können, ist den in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellosen Hilfen zu verdanken, die **Bund und Länder** der Wirtschaft und den Kommunen haben zukommen lassen. Die Steuerausfälle einerseits und die Mehrbelastungen andererseits sind durch diese Hilfen zu einem guten Teil ausgeglichen worden. Aber machen wir uns nichts vor: die wirtschaftlichen Belastungen werden auch die Kommunen in den nächsten Jahren noch vor gehörige Herausforderungen stellen. Deshalb sind wir bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs mit Augenmaß vorgegangen und haben unsere Ausgaben intensiv auf den Prüfstand gestellt. Deshalb kann ich Ihnen heute einen Entwurf des Haushaltsplans für 2021 vorstellen, der im **Ergebnishaushalt ausgeglichen** ist und der trotz **Investitionen in einer Gesamthöhe von 21,7 Mio. Euro** keine Erhöhung der Gesamtverschuldung des Landkreises vorsieht. Der Entwurf ist so, wie er heute vor Ihnen liegt, genehmigungsfähig. Aber natürlich ist es das Recht und die Pflicht des Kreistags, das zu überprüfen und ggf. die Schwerpunkte anderes zu setzen, als die Kreisverwaltung das vorschlägt. Lassen Sie mich auf einige Punkte etwas genauer eingehen.

Der Kreistag hat vor zwei Jahren die Kreisumlage von 32 auf 30,8 Prozentpunkte gesenkt. Seinerzeit gab es die Absicht, im vergangenen Jahr wieder auf 32 Prozentpunkte zu gehen. Mit Hinblick auf die gestiegene Steuerkraftsumme und die damit verbundenen Mehreinnahmen für den Landkreis bei gleichbleibendem Hebesatz hat es der Kreistag im letzten Jahr beim Hebesatz von 30,8 Prozentpunkten belassen. Würden wir diese Logik in diesem Jahr ebenfalls anwenden, müsste der Hebesatz erhöht werden. Denn die Steuerkraftsumme ist im Bodenseekreis im vergangenen Jahr gesunken. Wir schlagen Ihnen dennoch vor, den **Hebesatz bei 30,8 Prozentpunkten zu belassen**. Das führt zu einer Entlastung der Städte und Gemeinden um fast 3,1 Mio. Euro - oder anders herum ausgedrückt: damit fehlen dem Landkreis diese 3,1 Mio. Euro auf der Einnahmeseite.

Auch bei den Personalkosten sind wir auf dem Boden geblieben. Der Stellenplan sieht dieses Mal nur eine moderate Erhöhung der Mitarbeiterzahl vor. Rechtliche Veränderungen auf Bundes- und Landesebene sind weiter ein Thema. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) bleibt spannend. Wie im Kreistag bereits berichtet und zum Teil beschlossen, sind zusätzlichen Stellen im Straßenbauamt und in der Abfallwirtschaft sowie im Bau- und Liegenschaftsamt vorgesehen. Anfang des Jahres hatten wir Ihnen ferner über die Beschäftigung von Menschen mit Handicap im Landratsamt berichtet. Die Verwaltung hat – den Wunsch des Kreistags aufgreifend - zwischenzeitlich weitere Beschäftigungsmöglichkeiten geprüft. Der Stellenplan sieht vor, **zwei Stellen für Menschen mit Behinderung als Inklusionsstellen** zu schaffen: eine in der Kantine und eine als Sekretariatskraft.

Rechnerisch würde sich durch die Veränderungen im Stellenplan und unter Berücksichtigung der kürzlich vereinbarten Tarifierhöhung eine Erhöhung der Personalausgaben um rund drei Mio. Euro ergeben. Wir haben allerdings bei Betrachtung der Rechnungsergebnisse der letzten Jahre festgestellt, dass diese immer hinter den Berechnungen zurückgeblieben sind. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, die Personalausgaben nicht entsprechend der Berechnung zu erhöhen, sondern nur entsprechend dem Erfahrungswert der letzten Jahre. Das kann funktionieren, es kann aber auch schiefgehen. Jedenfalls bleiben wir bei den **Personalausgaben** um rund zwei Mio. Euro unter dem errechneten Ansatz. Diese Position steigt damit um rund eine Mio. Euro, was **rund 1,6 %** ausmacht.

Es gibt positive Entwicklungen zu vermelden. Entsprechend der Systematik im Finanzgeflecht zwischen Land und Kommunen steigen die Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, wenn diese sinkt.

Dadurch steigen die Zuweisungen vom Land an den Landkreis (Zuweisung nach Einwohnern und Schlüsselzuweisungen) um rund 1,8 Mio. Euro. Trotz oder vielleicht auch wegen Corona, mit Sicherheit aber wegen der Niedrigzinspolitik der EZB ist der Drang des Geldes in den Immobilienbereich ungebrochen. Auf der Basis der Hochrechnung der **Grunderwerbsteuer** im laufenden Jahr schlagen wir daher vor, den Haushaltsansatz dafür um drei Mio. Euro zu erhöhen. Ob der Immobilienmarkt vor dem Hintergrund der Corona-Krise stabil bleibt, müssen wir abwarten. Ein gewisses Risiko ist in dieser Position enthalten. Im Haushaltsplan unterstellen wir außerdem, dass der Bundesverkehrsminister nach dem blamablen Scheitern des **Bußgeldkatalogs** im Frühjahr diesen dennoch rechtssicher fortentwickelt. Wir rechnen mit Mehreinnahmen von einer halben Mio. Euro. Und nachdem ich im letzten Jahr heftig kritisiert habe, dass es durch die ziemlich starre Haltung der Finanzministerin nicht gelungen ist, die Rahmendaten in der **Gemeinsamen Finanzkommission** von Land und Kommunen einvernehmlich zu regeln, möchte ich in diesem Jahr loben: Es gab ein Einsehen auf der Landesseite. Die Forderungen von Seiten der Kommunen wurden zu einem großen Teil erfüllt. Das ist ein tragfähiges Konstrukt.

Die sicher erfreulichste und deutlichste Einnahmeerhöhung ist den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken zu verdanken. Die **OEW** beabsichtigen, die Ausschüttung an die Landkreise zu vervierfachen. Dies bringt dem Bodenseekreis **Mehreinnahmen in Höhe von über 4,7 Mio. Euro**. Möglich geworden ist das durch zwei Entwicklungen: einerseits steuert die EnBW seit Jahren einen an der Energiewende orientieren Kurs. Während andere große Energieversorger mehr mit sich selber beschäftigt sind, kann die EnBW nun nach mageren Jahren die Früchte ernten. Die Dividende an die Aktionäre hat sich erfreulich entwickelt. Zum zweiten zahlt sich jetzt die konsequente Finanzpolitik der OEW aus. Auch in schwierigen Jahren sind Schulden reduziert worden und man hat die Ausgaben im Griff behalten. Dadurch haben die OEW wieder genügend Rücklagen angesammelt, um auslaufende Kreditverträge zu tilgen, die Ausschüttungen an die neun Mitgliedslandkreise deutlich zu erhöhen und gleichzeitig sogar noch zu investieren. Der Verwaltungsrat der OEW hat den Grundsatzbeschluss gefasst, in Baden-Württemberg mit nicht unerheblichen Summen – bis zu 20 Mio. Euro jährlich – den Breitbandausbau zu fördern. Davon wird auch der Bodenseekreis profitieren. Damit kehren die OEW sozusagen zu ihren Wurzeln zurück. Waren es bei Gründung des Zweckverbandes im Jahr 1909 die fehlenden Stromleitungen in Oberschwaben, so fehlen heute die Breitbandverbindungen. Ich bin dankbar, dass ich als Vorsitzender der OEW dazu meinen Beitrag leisten darf.

Aber natürlich investieren nicht nur die OEW in die Zukunft, sondern auch der Bodenseekreis. Auf einige Punkte möchte ich kurz eingehen:

Die größte Investition ist auch im kommenden Jahr die **Sanierung des Bildungszentrums in Markdorf**. Im Ergebnis- und im Finanzhaushalt stehen dafür insgesamt 11,5 Mio. Euro zur Verfügung (konsumtiv 8,7 Mio. EUR, investiv 2,8 Mio. EUR). Der Bodenseekreis beweist damit einmal mehr, seiner Verantwortung für Bildung und Ausbildung der jungen Menschen im Landkreis gerecht zu werden. Das hat übrigens auch die Fa. Biregio schnell erkannt, die derzeit die beruflichen Schulen im Landkreis genauer beleuchtet. In einem ersten Zwischenfazit hat uns Biregio bescheinigt, ein – wörtlich – „**sehr guter Schulträger**“ zu sein. Biregio ist deutschlandweit unterwegs und kann das beurteilen. Allerdings gibt es auch Ecken, an denen wir uns verbessern müssen.

Biregio schlägt vor, uns über Strukturen unserer Schulen einmal genauer zu unterhalten, bevor wir planen und bauen. In einer ersten Runde sind die Zwischenergebnisse von Biregio den Vertretern der Kreistagsfraktionen vorgestellt worden. Jetzt werden Schulleiterinnen und Schulleiter unterrichtet, das gehört sich so. Danach werden wir die Ergebnisse auch der Öffentlichkeit vorstellen. Es scheint allerdings so zu sein, dass bei kluger Vorgehensweise der Landkreis nicht so viel bauen muss, wie das nach einer ersten Einschätzung der schulbautechnischen Beratungsstelle des Regierungspräsidiums der Fall gewesen wäre. Es zeigt sich, dass es klug war, die Grundsatzfrage nach der schulischen Entwicklung im Landkreis zu stellen.

Beim Thema Schulen darf die Digitalisierung nicht fehlen. Alle Schulzentren des Landkreises sind zwischenzeitlich mit Glasfaser angeschlossen, von den kleineren Schulen fehlen die Hotel- und Gaststättenschule in Tettngang, die Pestalozzischule in Markdorf und die Sonnenbergschule in Buggensegel. In diesen drei Fällen sind wir mit den jeweiligen Gemeinden im Austausch und hoffen, dass auch diese bald über schnelles Internet verfügen. Im Haushalt 2021 sind allein 2,7 Mio. Euro vorgesehen für die weitere Digitalisierung der Schulen.

Im Entwurf des Kreishaushalts für das kommende Jahr sind auch die Mehrausgaben im **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)** enthalten, die der Kreistag bereits beschlossen hat. Damit stehen ab 2021 annähernd drei Mio. Euro für eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots zur Verfügung – und das soll künftig jährlich so sein. In der Umsetzung der Pläne hat uns die Corona-Pandemie ein Stück weit einen Strich durch die Rechnung gemacht.

So konnte der Viertelstundentakt auf der Seelinie noch nicht so umgesetzt werden, wie wir uns das vorstellen. Auch der Regio-Bus Konstanz – Ravensburg ist mit einem halben Jahr Verspätung Anfang November gestartet. Hier gibt es bereits erste erfreuliche Rückmeldungen der Kunden. Wir bleiben am Ball. Die nächsten Überlegungen betreffen eine bessere Anbindung von Tett nang Richtung Ravensburg und Wangen. Der Bodenseekreis darf mit Fug und Recht behaupten, dass er mit der Verkehrswende Ernst macht. Das hängt übrigens nicht an der heute nicht beschlossenen Stelle des Mobilitätsmanagers. Diese Stelle hätte an der einen oder anderen Stelle unterstützend wirken können. Aber das Gesamtkonzept kommt dadurch nicht ins Wanken.

Der Landkreis ist für den so genannten straßengebundenen ÖPNV zuständig, also für die Busse und die ergänzenden Angebote wie etwa unsere Emma. Nicht in unsere Zuständigkeit fällt die Bahn. Trotzdem sind wir auch hier die Treiber. Ich werde nicht müde, jede Beschwerde, die leider nach wie vor über die Zustände auf der **Bodenseegürtelbahn** bei mir eingeht, zum Anlass zu nehmen, das Verkehrsministerium in Stuttgart in die Pflicht zu nehmen, für die dringend notwendigen Verbesserungen zu sorgen. Es hat allerdings auch keinen Zweck, immer nur auf die Bahn zu zeigen. Die Neuausschreibung der Nahverkehre durch das Ministerium und die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg muss endlich auf den Weg gebracht werden. Als Begründung dafür, dass das immer noch nicht geschehen ist, wird die laufende Überrechnung des Verkehrsknotens Stuttgart angeführt.

Auf Nachfrage heißt es immer wieder, diese sei „in einem halben Jahr“ fertig. Dieses halbe Jahr ist schon mindestens viermal vorbei, jetzt müssen den Worten endlich Taten folgen.

Wirklich besser wird es aber erst werden, wenn die Strecke ertüchtigt wird. Deshalb beteiligt sich der Bodenseekreis an den **Planungen für die Bodenseegürtelbahn** mit insgesamt fast 6,4 Mio. Euro – so zumindest der heutige Stand. Das ist ein enormer Betrag für eine Maßnahme, für die der Landkreis keinerlei Zuständigkeit hat! Ich bin dankbar, dass der Bund durch die Aufstockung des **BundesGVFG** (das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes) dafür gesorgt hat, dass die Umsetzung der Planungen finanziell in greifbare Nähe kommt. Und ich bin dem **Land dankbar, dass es sich an den Planungskosten** beteiligt. Auf allen Ebenen ist ein Bemühen durchaus spürbar. Das ist aber auch nicht mehr als recht und billig. Man kann nicht politisch die Verkehrswende fordern und dann die Zuständigkeiten zwischen Stuttgart und Berlin hin und herschieben und letztlich die Kommunen zahlen lassen. Wir werden aber auch bei allen weiteren Schritten die Augen offenhalten müssen, dass wir nicht nur zahlen, sondern dann auch eine adäquate Leistung dafür bekommen.

Dass das notwendig ist, zeigt die Entwicklung auf der **Südbahn**. Dort stehen wir – auch da nur aufgrund der kommunalen Initiative vor vielen Jahren – kurz vor der Vollendung der Elektrifizierung. Jetzt muss dann aber auch der Fahrplan passen. Was die Nahverkehrsgesellschaft in der letzten Sitzung des Interessenverbandes Südbahn als Zwischenergebnis präsentiert hat, muss noch verbessert werden. Ich hoffe, dass das endgültige Ergebnis dann passt.

Bei aller Verbesserung des ÖPNV sollte uns allen aber auch klar sein, dass im ländlichen Raum auch künftig der **Individualverkehr** eine bedeutende Rolle spielen wird. Den Zehnminutentakt zwischen Oberboshasel und Wintersulgen wird es ebenso wenig geben wie den zwischen Neukirch und Unterrussenried. Wir werden deshalb auch in Zukunft vernünftige Straßen brauchen. Daher finde ich es folgerichtig, dass der Kreistag signalisiert hat, für den **Unterhalt des bestehenden Straßennetzes** deutlich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sind im Haushalt 2021 berücksichtigt. Was passiert, wenn man sein Vermögen nicht pflegt und verlottern lässt, zeigt sich zum Beispiel an der Landesstraße von Wittenhofen nach Echbeck, die diesen Namen schon lange nicht mehr verdient hat. Soweit dürfen wir es bei den Kreisstraßen nicht kommen lassen. In Bereichen, wo deutlich mehr Verkehr ist, wird es auch künftig erforderlich sein, neue Straßen zu bauen. Im kommenden Jahr werden wir dem Kreistag die Planungen und Kostenberechnungen für die **Ortsumfahrung Markdorf** vorlegen. Auch dafür stehen die entsprechenden Mittel im Haushaltsplan.

Wenn ich gerade beim Neubau von Straßen bin: ich finde es schon im positiven Sinn bemerkenswert, dass die politisch Verantwortlichen sowohl bei der Planung der **B 30** Ortsumfahrung Meckenbeuren wie bei der Planung der **B 31** zwischen Meersburg und Immenstaad zu einer einheitlichen Linie gekommen sind, auch wenn das, was uns das Regierungspräsidium in beiden Fällen vorgelegt hat, nicht jedem passt. In beiden Fällen liegen nun aber Vorschläge auf dem Tisch, die erkennen lassen, dass verkehrliche Notwendigkeiten und Umweltfragen so gut es irgend geht in Einklang gebracht wurden. Es wird nun darauf ankommen, die nächsten Schritte zügig in die Wege zu leiten. Bei der B 31 ist Berlin am Zug, bei der B 30 geht es jetzt um die Gespräche mit den Betroffenen vor Ort.

Wenn Straßen gebaut und unterhalten werden sollen, dann braucht man dafür nicht nur Geld, sondern auch Menschen und Maschinen. Und die müssen irgendwo arbeiten und untergebracht werden.

Nachdem klar ist, dass wir Ende 2024 die jetzige **Straßenmeisterei in Markdorf** räumen müssen, muss der Neubau nun zügig angegangen werden. In der letzten Kreistagssitzung wurde die Verwaltung aufgefordert, noch einmal einen Suchlauf für einen Alternativstandort zu starten. Das haben wir gemacht. Im Ergebnis ist festzustellen, dass es keine Alternative zu dem von der Stadt Markdorf angebotenen Standort am Ortseingang von Markdorf bei Riedheim gibt. Ich bin der Stadt Markdorf für dieses Angebot dankbar. Wir haben mit Markdorf in den letzten Tagen weitere Gespräch geführt. Diese brachten das Ergebnis, dass im kommenden Jahr der Grundstückskaufpreis noch nicht fließen muss. Das erleichtert es dem Landkreis erheblich, die angespannte Liquiditätsslage zu verbessern. Um handlungsfähig zu sein, müssen wir allerdings im Haushaltsplan eine Verpflichtungsermächtigung aufnehmen. Damit können wir dann die Grundstücksverhandlungen hoffentlich zu einem erfolgreichen Abschluss bringen.

Ein weiterer Neubau rückt langsam in vielleicht noch nicht greifbare, aber doch erahnbare Nähe, nämlich der des **Landratsamtes**. Die erste Stufe des **städtebaulichen Wettbewerbs** ist erklommen, die zweite Stufe läuft. Von den 25 eingeladenen Architekturbüros haben 19 eine Arbeit abgegeben. In einer ganztägigen Sitzung hat die Jury sieben Büros gebeten, ihre Vorschläge zu vertiefen. Bis zum Jahresende sollten die Ergebnisse vorliegen, im Februar trifft sich die Jury dann zur entscheidenden Sitzung. Wir wollen im März die Ergebnisse dann dem Kreistag und dem Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen vorstellen. Diese sollen Grundlage für die Stadt zur Aufstellung des notwendigen Bebauungsplans ein. Ich hoffe, dass das dann zügig umgesetzt wird.

In einem Leserbrief ist vor geraumer Zeit die Frage gestellt worden, ob es des Neubaus überhaupt noch bedarf. Schließlich sei doch jetzt homeoffice angesagt und man brauche deutlich weniger Büroraum. Selbstverständlich werden wir, bevor letztlich gebaut wird, die **Bedarfsfrage** noch einmal genau überprüfen. Ich erinnere aber daran, dass Ausgangspunkt der gesamten Debatte der Umstand ist, dass das Gebäude an der Glärnischstraße energetisch untragbar geworden ist. Der jüngste Energiebericht hat das leider wieder deutlich unter Beweis gestellt. Diese Frage ist zu lösen, egal wieviel Räume wir bauen. Und gerade Corona hat uns gezeigt, dass die Raumfragen noch drängender geworden ist. Wir haben, wie Sie alle wissen, in den letzten drei Jahren die Büros erheblich verdichtet. Das hatte nun zur Folge, dass wir in vielen Bereichen die Abstandsregeln nicht einhalten konnten.

Dass wir trotzdem, wenn auch an der einen oder anderen Stelle mit gewissen Einschränkungen, nach dem ersten lockdown die komplette Bandbreite der Dienstleistungen des Landratsamtes für die Menschen im Landkreis wieder anbieten können, ist der Anstrengung vieler zu verdanken. Unsere EDV hat innerhalb kürzester Zeit die telefonischen Angebote, die per Videokonferenz oder für das homeoffice erheblich erweitern können, die allermeisten Kolleginnen und Kollegen im Haus sind zeitlich so flexibel, dass wir trotz beengter Verhältnisse aneinander vorbeikommen. Aber gerade die Corona-Erfahrung hat einmal mehr deutlich gemacht: nur, wenn wir für unsere Kunden da sind, können wir auch auf deren Bedürfnisse umfassend eingehen. Die Raumfrage ist also durch Corona eher drängender geworden.

Auch wenn das Thema **Klimawandel** durch die Corona-Pandemie etwas von den Titelseiten der Medien verdrängt wurde, bleibt es für den Bodenseekreis ganz oben auf der Agenda. Ich darf nur an die letzten Sitzungen erinnern: Infrastrukturmaterplan, European Energy Award, Maßnahmenplanung des Bau- und Liegenschaftsamtes zur Verbesserung der Klimabilanz unserer Gebäude, Effizienzcontracting am Landratsamt, klimapolitisches Leitbild, Energiebericht, Energie- und Klimaschutzmanagement, Planung für den nächsten Schülerklimagipfel, Förderung des Kleinprivatwaldes: dabei habe ich nur aufgelistet, was nach der Sommerpause auf den Tagesordnungen stand. All das finden Sie natürlich auch im Haushalt für das kommende Jahr. Und damit nicht genug: entsprechend dem Kreistagsbeschluss in der letzten Sitzung haben wir eine Mio. Euro vorgesehen, für Maßnahmen, die noch nicht definiert sind. Über deren Verwendung können wir dann im kommenden Jahr entscheiden. Somit sind wir auch kurzfristig handlungsfähig. Der Bodenseekreis braucht sich bei diesem Thema wahrlich nicht verstecken.

Das alles, meine Damen und Herren will finanziert sein. Angesichts der deutlichen Einnahmerückgänge werden wir es nicht schaffen, dem Landkreis ausreichend **Liquidität** zu sichern, wenn wir uns nicht Geld am Kapitalmarkt besorgen. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, neue Kredite in dem Maß aufzunehmen, wie wir alte Verbindlichkeiten tilgen. Das bedeutet, dass wir unter dem Strich zwar keine Schulden abbauen, aber trotzdem die **Gesamtverschuldung nicht erhöhen**. Ich halte das angesichts der Gesamtsituation für noch vertretbar. Ich habe schon in meiner letztjährigen Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass die großen Investitionen, die vor uns liegen – einige davon habe ich erwähnt – kaum umzusetzen sind, wenn wir nicht auch zusätzliches Fremdkapital aufnehmen.

Das darf aber natürlich nicht schon geschehen, wenn man auf dem Berg, den es zu erklimmen gilt, gerade einmal die ersten Schritte getan hat. Mehr als die von der Verwaltung vorgesehene Kreditaufnahme halte ich daher für das kommende Jahr nicht für klug.

Zurück zu Corona: wenn ein Thema durch die Pandemie positiv beeinflusst wurde, dann ist es die **Digitalisierung**. Schon im letzten Jahr – also vor Corona – hat uns der Kreistag die Stelle eines Digitalisierungsbeauftragten bewilligt. Wie vorausschauend das war, zeigt sich jetzt. Wir alle haben die Erfahrung gemacht, dass digital vieles machbar ist, was wir uns noch vor einem Jahr nicht haben vorstellen können. Zwar sind in der ersten Jahreshälfte corona-bedingt kaum Stellen neu oder wiederbesetzt worden. Auch die Stelle des Digitalisierungsbeauftragten wurde erst mit Verzögerung ausgeschrieben, aber sie ist mittlerweile besetzt. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und die Organisation im Hauptamt für die neuen Herausforderungen fit machen. Die Vergabe der entsprechenden Untersuchung steht in der nächsten Sitzungsrunde an.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Corona führt zu manchen Veränderungen. Der Entwurf des Haushaltsplans 2021 zeigt aber, dass der Bodenseekreis für die Menschen im Landkreis da ist und die Entwicklung weitergeht. Dass wir Ihnen den **Haushaltsentwurf trotz Corona termingerecht** vorlegen können, ist vielen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die daran mitgewirkt haben. Sie wissen, dass schon vor der Sommerpause die Mittel aus den Dezernaten und Ämtern angemeldet werden, dann finden zwischen Kämmerei und den einzelnen Ämtern über jeden Einzeletat Budgetgespräche statt. Hierbei sind nicht nur die Kämmerei, sondern vor allem die Controller aus den Dezernaten gefordert. Nach der Sommerpause müssen wir dann den Haushaltserlass des Landes abwarten, bevor die Eckdaten der Haushaltsplanung festgezurrert werden können. Danach werden diese Eckdaten zunächst dem Landrat und dann den Fraktionsvorsitzenden vorgestellt. In all diesen Gesprächen ergeben sich weitere Änderungen, die eingearbeitet werden müssen. Das eine oder andere, wie z.B. die Ergebnisse der Tarifvertragsverhandlungen kommt dann noch von außen hinzu. Deshalb gilt mein Dank allen, die ihren Teil zur Erstellung des Haushaltsplans beigetragen haben. In diesem Jahr möchte ich mich besonders beim neuen Leiter unseres Kämmereiamtes, Herrn Dillmann, bedanken. Es ist „sein“ erster Haushalt und ich glaube, es ist ein guter Haushalt.

Ich freue mich nun auf die Beratungen in den Ausschüssen und im Kreistag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.